

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Postcheckkonto** Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
Telephon 19893. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger. Zweigabteile und alle Postanstalten entgegen.

### Monarchistische Hoffnungen und Pläne.

Berlin, 23. November. (Eigene Drahtmeldung der V. V.) Aus London wird gemeldet, daß der Kronprinz Ruprecht von Bayern einem Berliner Vertreter des Daily Express eine Unterredung gegeben habe, in der er erklärt habe, er wünsche nicht, daß durch einen Bürgerkrieg die Monarchie in Bayern wieder proklamiert würde. Jedoch würde das neue Saktesum noch ein Jahr am Ruder bleiben und auf rein verfassungsmäßigem Wege befestigt werden. Er lehne eine Trennung Bayerns vom Reich ab, wenn dabei ein Groß-Bayern mit Einschluß des süddeutschen Reiches zustande kommen sollte. Auf die Frage, wie das neue Saktesum aussehen würde, antwortet der Kronprinz schwer zu sagen. Vielleicht würde es eine Föderation von einem halben Duzend Königreichen sein. Jetzt sei Deutschland sehr zerstückelt. Er sei dafür, das ehige deutsche Volk wieder aufzufassen, weil es zu kostspielig sei. Viel besser wäre eine Militärmacht nach Schweizer Muster, die für niemand eine Bedrohung sei, während das jetzige Heer Deutschland ruinieren würde. Deutschland brauche keinen neuen Krieg, und es sei auch gar nicht imstande, einen solchen zu führen. Den Verfall der Politik erkennt der Kronprinz als die Grundlage der Politik auch für ein monarchisches Deutschland an.

Der bayerische Kronprinz macht Reflekt für sich und das System, das er vertritt. Daran ist nichts auffälliges. Aber bemerkenswert ist doch, daß der Herr sich so offen mit seinen Hoffnungen herausspricht. — Das ist ein sehr deutsches Zeichen dafür, wie zuverlässlich die Monarchisten auf das Gelingen ihrer offenbar sehr weitgehenden Pläne rechnen. Die sind natürlich nicht auf den rein verfassungsmäßigen Weg eingestellt. Denn daß die Herrschaften eine Zweidrittelmehrheit im Reichstage erreichen könnten, die allein eine verfassungsmäßige Aenderung der Reichsverfassung möglich machen würde, das werden sich selbst die Heißsporne der bayerischen Königspartei und selbst die in Aussicht genommenen Kronenträger nicht einbilden können. Wenn die Föderation von einem halben Duzend Königreichen — also auch der Jammer der monarchischen Kleinstaaterei soll den lieben Deutschen wieder beizubringen — zustande kommen soll, so wird auch in Jahresfrist kein anderer Weg, als der des Verfalls der Reichsverfassung, des monarchistischen Putzsches übrig bleiben. Dazu ist ja auch die Orgel geschaffen und sie ist auch des festen Willens, dieses Unternehmen durchzuführen. Die Versicherung des Wittelsbachers, daß er nur ein rein verfassungsmäßiges Verfahren denke und seinen Bürgerkrieg wünsche, ist nur Köder für die Dummen. Die deutsche Arbeiterschaft gehört nicht dazu. Sie läßt sich nicht durch billige Nebensarten täuschen. Sie wird aus der Rundgebung des Thronanwärters lediglich die Erkenntnis ziehen müssen, daß die Gefahr des monarchistischen Putzsches näher und näher rückt, und daß das Proletariat und alle, die noch freiheitslich in Deutschland gesinnt sind, sich zusammenschließen müssen, um den Plan, die Revolution vom 8. November auszureißen aus der Geschichte und das alte System mit all seinen Niederträchtigkeiten und Lächerlichkeiten wieder herzustellen, um der Arbeiterschaft die volle Befreiung unmöglich zu machen, gründlich zu vereiteln. Die bayerische Königspartei und ihre minder offenen Verbündeten, die deutschnationalen und Deutschen Volksparteier mögen dessen gewiß sein, daß der Widerstand des Proletariats bei einem neuen Putzsch nicht geringer sein wird, als beim Kapp-Putzsch, und daß alle Hoffnungen, daß die gewiß beklagenswerte Zersplitterung der Arbeiterbewegung in solchem Falle ein geschlossenes Handeln der Arbeiterschaft verhindern würde, durchaus verfehlt ist.

Bemerkenswert ist übrigens auch die Art, wie der Wittelsbacher sich der Entente empfiehlt, indem er den Verfall der Reichsverfassung als die Grundlage der Politik auch für ein monarchisches Deutschland anerkennt. Auch die großen „Patrioten“ können also in dieser Hinsicht keine andre Politik treiben, wie sie die USA in den Junitagen von 1919 durchgeführt hat.

### Die Ablieferung der Milchhühe — ein nationalitätliches Agitationsmittel.

Berlin, 23. November. (Eigene Drahtmeldung der V. V.) Wie der Lokalanzeiger von einem nach Deutschland zurückgekehrten Unterhändler erfährt, der an den Pariser Besprechungen über die Frage der Ablieferung der Milchhühe teilgenommen hat, stellt sich nunmehr heraus, daß von der Ablieferung von 800 000 Milchhühen, womit die reaktionäre Presse wieder einmal Wählerverwechslung getrieben hat, nicht die Rede ist. Der Lokalanzeiger drückt das so aus, daß etwas tröstlichere Mitteilungen über den Stand der Frage hierher gebracht worden seien. Um den Schwund der reaktionären Presse zu decken, verliert der Lokalanzeiger, die Wählerverwechslung nun noch in ein Verdienst umzumünzen, indem er erklärt, daß die zahlreichen deutschen Rundgebungen gegen diese barbarischen Zumutungen in Frankreich einigen Einbruch gemacht haben.

### Amerikanischer Milliardenkredit für Deutschland?

Berlin, 23. November. (Eigene Drahtmeldung der V. V.) Das Berliner Tageblatt meldet aus Basel: Ein Syndikat, dem

u. a. auch Henry Morgenthau, Morgan, Camont angehören, schlägt Neunziger Bericht dem Präsidenten Wilson vor, daß das in den Vereinigten Staaten beschlagene deutsche Eigentum, dessen Wert auf 400 Mill. Dollar geschätzt wird, von dem Treuhänder Darrin auf das Syndikat übertragen werde und die Grundlage bilden solle für einen Deutschland zu gewährenden Kredit von zwei Milliarden Dollar zur Befreiung von Baumwolle, Getreide, Kupfer, Nahrungsmitteln, Brennstoffen und anderen Rohstoffen, Deutschlands Zustimmung, die erforderlich ist, soll angeblich schon erteilt sein. Wilson ist mit der Prüfung dieser Frage beschäftigt. Er glaubt aber, daß die Bewilligung dieser Transaktion nicht in seine Kompetenzen fällt und daß sie dem Kongress zu unterbreiten sei.

### Eine Interpellation wegen der deutsch-russischen Handelsbeziehungen.

Berlin, 25. November. (Eigene Drahtmeldung der Leipziger Volkszeitung.) Die Neukommunisten kündigen in der heutigen Nummer der Internationale die Einbringung einer Interpellation an, die die Frage der russisch-deutschen Handelsverträge zum Gegenstand hat. Da die Neukommunisten für ihre Interpellation, die sich im wesentlichen auf die letzten Mitteilungen Ropps über die Drohung der russischen Regierung zur Annullierung von Verträgen wegen Nichterfüllung des Einreisevertrages für einzelne Externe zu beziehen, selbst nicht die nötige Anzahl von Unterschriften aufbringen können, werden sie bei den anderen Parteien Fühlung suchen müssen. Für die Beantwortung der Interpellation spricht die Internationale die Hoffnung aus, daß Dr. Simons und das Kabinett nun endlich zu einer vernünftigeren Politik gegenüber Sowjetrußland gelangen werden.

### Verlegung der Berner internationalen Konferenz.

Bern, 22. November. Wegen Paz- und Reisefchwierigkeiten sind die Vertretungen der schweizerischen Partei und der U.S.P.D. übereingekommen, die zum 15. Dezember einberufene Konferenz bis nach Neujahr zu verschieben, dagegen am 5. Dezember d. J. eine Vorkonferenz abzuhalten, die die Grundlage und das Arbeitsprogramm für die spätere allgemeine Konferenz feststellen soll.

### Zur Berner Konferenz.

Jedem eine bestimmte Richtung, die ein Interesse an der Diskreditierung der Berner Konferenz hat, hat den Schwindler in der Presse lanciert, der Sekretär der 2. Internationale Ramsay MacDonald, bei von der Independent Labor Party als Delegierter nach Bern bestimmt worden. Der Vorstand der Schweizerischen Soz. Partei hat sofort öffentlich dagegen Stellung genommen und auch die deutsche Parteipresse hat sich damit beschäftigt. Nun richtet der Sekretär der Independent Labor Party, Johnson, an das Vorstandsmittelglied der Schweizerischen Partei, Reinhard, einen Brief, worin er den Schwindler von der Delegation MacDonalds aufdeckt; der Pariser Populaire druckt den Brief in der Nummer vom 20. Nov. ab. Danach hat das Komitee der I.L.P. Englands seine Delegierten noch gar nicht bestimmt und MacDonald ist überhaupt nicht Mitglied des Nationalrates der I.L.P., er werde daher auch nicht einer der Delegierten auf der Berner Konferenz sein können. Im übrigen, meint Johnson, müsse jede Partei in der Wahl ihrer Delegierten freie Hand haben.

### Das Urteil gegen die Breslauer Konsulatsfürmer.

Breslau, 22. November. Nach zwölfstündiger Verhandlung wurde heute das Urteil in dem Konsulatsfürmerprozeß nach fünfständiger Beratung der Geschworenen und nach 1½ständiger Beratung des Gerichtshofes gefällt. Von den 21 Angeklagten wurden fünf freigesprochen. Wegen Landfriedensbruchs wurde je ein Angeklagter zu einem Jahr, zu 9 Monaten, zu 8 Monaten, zu 7 Monaten, zu 6 Monaten, zu 5 Monaten, fünf Angeklagte zu 4 Monaten, 3 Angeklagte zu 3 Monaten, ein Angeklagter zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Gegen einen Angeklagten wurde das Verfahren ausgesetzt, gegen einen andern Angeklagten das Verfahren niedergeschlagen. Den sämtlichen Angeklagten wurden mildernde Umstände zugesprochen. Die Geschworenen haben einstimmig beschlossen, für alle Verurteilten ein Gnabengesuch bei dem Reichspräsidenten befürworten zu wollen. Diesem Beschluß hat sich auch der Gerichtshof angeschlossen.

### Ende des Eisenbahnerstreiks in Tirol und Steiermark.

Graz, 22. November. (T.-U.) Der Eisenbahnerstreik in Steiermark ist auf Grund der Zulage des Ernährungsministeriums auf bessere Befreiung mit Lebensmitteln abgebrochen. Der Verkehr wurde im vollen Umfang wieder aufgenommen. Auch in Tirol wurde der Streik der Eisenbahner, der die Teilnahme der lokalen Einwohnerwehr an Landesschießen in Innsbruck verhindern sollte, eingestellt. In der Stadt Innsbruck werden Auftrufe veröffentlicht, welche die monarchistische Demonstration und den Einzug der Orgelschleute aus Bayern als abgeschlagen bezeichnen.

### Die Regierungsbildung in Sachsen. Eine Belastungsprobe für die Rechtssozialisten.

Die von den unabhängigen Instanzen vorgeschlagenen Verbindungen für die Regierungsbildung haben gerade wegen ihrer Selbstverständlichkeit eine starke Wirkung ausgelöst. Besonders aber bei den Rechtsparteien, die versuchen, mit gesteigerter Heftigkeit einen Druck auf die Rechtssozialisten auszuüben. Was man den Mehrheitskern dabei zumutet, beweist folgende Korrespondenz, die den Zweck hat, durch ein Ausspielen der Dresdner gegen die Chemnitzer Richtung die rechtssozialistische Partei zu diskreditieren und die Position der bürgerlichen Parteien zu stärken:

„Die Frage der Kabinettsbildung in Sachsen ist ihrer Lösung näher als die meisten, die Politiker — sein möchten, glauben. Die Auseinandersetzungen in der Presse zwar dauern lebhaft fort, aber die haben nicht viel zu besagen. Auch der Beschluß der Unabhängigen, in eine rein sozialistische Regierung einzutreten zu wollen, auch wenn eine sozialistische Partei (die Kommunisten) darin nicht vertreten sei, ist völlig belanglos, zumal die Unabhängigen Gewähreres entsprechenden notwendigen Einflusses auf die Regierung fordern. Das bedeutet wohl kaum etwas anderes als eine Wiederholung ihres Verlangens von 1919, ebenso viel Minister zu stellen wie die Mehrheitssozialisten, obwohl sie noch nicht halb so stark sind. Im übrigen ist an eine Unterstützung einer rein sozialistischen Regierung durch die Kommunisten überhaupt nicht zu denken, so daß S. P. D. und U. S. P. niemals eine Mehrheit erlangen würden. Die anscheinende Bereitwilligkeit der U. S. P. ist nur Komödie. Da die Demokraten unter allen Umständen ablehnen, mit der U. S. P. eine Regierung zu bilden, scheidet diese Kombination ein für allemal aus. Dagegen kann es nach unseren Informationen schon heute als fast sicher gelten, daß die Koalition Mehrheitssozialisten — Demokraten — Deutscher Volkspartei zustande kommt. Unerschrocken hat es zwar den Anschein, als ob die Unabhängigen dafür nicht besonders günstig stünden, aber man darf sich durch den Theaterdonner der Chemnitzer Volksstimme und den kleinlauten Verzicht der Dresdner Volkszeitung auf diese Kombination nicht verblüffen lassen. Die Herren Abgeordneten Müller und Hellwig machen gerne in großen Worten — siehe Dresdner Nummer — und haben schon mehr als eine politische Niederlage erlitten — siehe Weizsäcker Parteitag —, ohne daß sie sich dadurch vor weiteren Schwerversuchen zurückhalten ließen. Begabt mit einem Mindestmaß von politischer Einsicht, schlagen sie mit Invidiengebrüll auf ihre Gegner ein, ohne imstande zu sein einen positiven Gedanken an Stelle der von ihnen bekämpften Idee zu setzen. In führenden sozialistischen Kreisen Dresdens ist man über das Treiben des Knaben Alfred recht böse und man wird wohl auch Gelegenheit nehmen, ihm das Erforderliche zu sagen. Jedem falls sollte sich die Dummheit nicht weiter durch das Getöse der Chemnitzer beeinflussen lassen. Eine Regierung muß in Sachsen gebildet werden, und es besteht keine andere Möglichkeit, als die der Koalition Endermann bis Müller. In Regierungskreisen glaubt man, wie wir versichern können, unbedingt daran, daß diese Koalition sich durchsetzen wird, es sind schon leise Fühlproben ausgebreitet worden, welche Ministerien der Deutschen Volkspartei überlassen werden würden. Es scheint, daß sie besonderen Wert auf das Wirtschaftsministerium legen, aber es dürfte doch sehr fraglich sein, ob es politisch klug ist, gerade den Minister Schwarz zu befehligen. Er ist wohl die wertvollste Arbeitskraft im Gesamtministerium, und gerade für sein Bleiben würden sich die Sozialdemokraten mit großer Energie einsetzen. In gewissen politischen Kreisen hält man es nicht einmal für ausgeschlossen, daß ihm der Posten des Ministerpräsidenten und die Bildung des neuen Kabinetts übertragen werden wird. Viel eher dürfte die Deutsche Volkspartei Aussicht haben, das Ministerium des Innern und das Kultusministerium oder auch das Kultusministerium zu erhalten. Gegen den Minister des Innern Rißin besteht auch in demokratischen Kreisen ziemlich lebhaftes Abneigung, so daß mit seinem Abgang zu rechnen ist. Nach dem Stärkeverhältnis der Parteien aber hätten die Demokraten Anspruch auf ein Ministerium, die Volkspartei auf zwei und die Mehrheitssozialisten auf drei. Es möchte also die Zahl der Ministerien um eines verringert werden, wie es die Demokraten schon längst wiederholt gefordert haben. Sollte diese Forderung nicht durchgehen, würden die Demokraten zweifellos Anspruch auf ein zweites Ministerium machen, da ohne sie überhaupt keine Regierungsbildung möglich ist und man auch in Thüringen diese besondere Stellung der Demokraten berücksichtigt, ja ihnen sogar den Posten des Präsidenten überlassen hat. Es würde vielleicht auch in Sachsen zur Entspannung beitragen, wenn die schwächste Partei die Bildung des Kabinetts übernehme, um dadurch gewisse Schwierigkeiten von vornherein auszusparen. Ein Beamtenkabinet, wie es von einigen Mitglidern der Deutschen Volkspartei vorgeschlagen worden ist, rückt links auf entchiedene Ablehnung und hat nicht die geringste Aussicht. Es wäre auch nur ein Verlegenheitsprodukt und würde keine Lösung der Schwierigkeiten, sondern nur ihre Vertagung bedeuten. — Am Donnerstag fahren die Führer der Sozialdemokratie nach Berlin, um dort mit dem Parteivorstand wegen der Regierungsbildung in Sachsen Fühlung zu nehmen.“

Wir haben nach den Erfahrungen der Vergangenheit die allerwenigste Ursache, den Rechtssozialisten ein Uebermaß von Vertrauen entgegenzubringen. Aber das ist noch kein Grund, sie für so dumm zu halten, daß sie sich dadurch selbst den Strick um den Hals legen, daß sie sich, ohne die Möglichkeit einer sozialistischen Regierungsbildung ins Auge gefaßt zu haben, gerade derjenigen Partei in die Arme werfen, die sie ihren Wählern als gefährlichsten Gegner denunziert haben. Im Widerspruch zu der obigen Meinung steht auch das Einschwenken der Dresdner Volkszeitung, die, nachdem die Chemnitzer Richtung und auch der Weg